Nr. 160. 48. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Donnerstag, 10. April 1919

Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin. Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die blockierte Münchener Sowjetrepublik.

Eine kommunistische Regierung in München?

(Telegramme unseres Korrespondenten.)

k. Nürnberg, 10. April.

Die „Fränkische Tagespost" meldet: Eine heute früh eingetroffene Depesche aus München meldet, daß der Rat der Volksbeauftragten in München von den Kommunisten gestürzt sei und daß eine kommunistische Regierung gebildet sei. (Wir geben diese Meldung unter Vorbehalt wieder. Sie ist allerdings bei den vorläufig noch in München herrschenden Zuständen nicht unwahrscheinlich. D. Red.)

k. Nürnberg, 10. April.

Nach Mitteilungen des Zentralrates begann gestern die **Bewaffnung des Proletariats.** Der Anfang wurde mit den Arbeitern im Betriebe Maffei gemacht. Das bisherige Mitglied des Zentralrates **Rickisch (Augsburg) ist aus dem Zentralrat ausgeschieden.**

Eine Verfügung über das **Revolutionstribunal** besagt, daß es aus 28 Richtern besteht, die in Permanenz in Körperschaften von je sieben Mitgliedern tagen, unter denen sich eine Frau befindet. Die Wahl des Verteidigers steht dem Angeklagten frei. Die Verhandlungen sind mündlich und öffentlich; Berufung ist unzulässig.

Die Absperrung Münchens.

Bevorstehende Massendemonstrationen gegen die Räterepublik.

München, 10. April. (T. U.)

Gestern abend wurden über München von Fliegern Flugblätter abgeworfen mit der Mitteilung, daß München bald von dem übrigen Bayern abgeschlossen sein werde. Auch die Lebensmittel- und Kohlenzufuhr würde ausbleiben. **Eine Massendemonstration gegen die Räterepublik stünde bevor,** und es werde nicht lange dauern, bis München kapitulieren würde. Tatsächlich stellte sich dann bald heraus, daß die **telephonische und telegraphische Verbindung** mit Nürnberg, Frankfurt, Berlin, kurz mit allen Hauptstädten im Norden **unterbrochen** worden ist. Teilweise ist auch der Bahn- und Postverkehr unterbunden. Wie der Vertreter der „Frankfurter Ztg." erfährt, hatte der bayerische Volksbeauftragte für das Verkehrswesen eine Kommission ins Ruhrgebiet schicken wollen, um die Streikenden dort über die Lage der Räterepublik aufzuklären. Diese Abordnung soll in Nürnberg verhaftet worden sein.

Dr. Heim gegen die landfremden Diktatoren.

Ein Aufruf an die bayerischen Bauern.

Weimar, 9. April. (W. T. B.)

Der bayerische Zentrumsabgeordnete Dr. Georg Heim veröffentlicht einen Aufruf an die bayerischen Bauern, in dem er im Namen von vier Millionen Bauern gegen den Eingriff der neuen Räterepublik in den Betrieb der landwirtschaftlichen Genossenschaften und Darlehnskassen Einspruch erhebt. Er habe aus Gründen der Menschlichkeit gegen die Aufforderung an die Bauern zum Ernährungsstreik Stellung genommen, sei aber überzeugt, daß die Maßnahme der Räteregierung auf die Bauern aufreizend wirken werde.

Dr. Heim erklärt besonders scharfen Protest erheben zu müssen, weil die Leute, die jetzt in München als Minister aufträten, **fast restlos Nichtbayern seien.** Man werde nicht dulden, daß das vorbildliche landwirtschaftliche Genossenschaftswesen Bayern der Willkür landfremder, verständnisloser Leute zum Opfer falle.

Die Stimmung in Franken.

Absperrung nach allen Seiten.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

e. Schweinfurt, 10. April.

Wie schon mitgeteilt, wurde hier die Räterepublik ausgerufen. Morgen soll eine große Demonstration der Spartacisten und Kommunisten stattfinden, um einen Generalstreik in die Wege zu leiten. Die Zeitungen stehen unter Vorzensur. Der **Bahnverkehr nach Lichtenfels und Meiningen** wurde, um Zuzug von Regierungstruppen zu verhindern, **eingestellt.** Man steht in weiten Kreisen den Bestrebungen der Kommunisten sehr **feindlich und erbittert** gegenüber. Man glaubt hier nicht an einen Erfolg der Münchener Herrschaft, da die Absperrungsmaßregeln gegen München streng durchgeführt werden und die **Bauernschaft fest entschlossen ist, das Münchener Kommunistennest auszuhungern.** (Vergl. S. 2.)

Vor der Ausrufung der Braunschweiger Räterepublik.

Ein Ultimatum an den Landtag. — Braunschweig von der Außenwelt abgeschnitten.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Sch. Braunschweig, 10. April.

Auf einer heute vormittag auf dem Schloßplatz abgehaltenen Volksversammlung teilte der frühere Präsident Merges den Streikenden mit, daß der **Landesarbeiterrat den Landtag durch ein Ultimatum vor die Entscheidung gestellt habe, ob der Landtag bereit sei, alle Macht an den Landesarbeiterrat abzutreten.** Die Antwort des Landtags stehe noch aus. Wenn der Landtag dieser Forderung nicht entspreche, dann sei er erledigt. Ferner erzählte Merges der versammelten Menge, **es seien heute 37 Großstädte Deutschlands zugunsten des Rätesystems in den Ausstand getreten.** (Hierin irrt sich der frühere „Präsident". Die Red.) An die Versammlung schloß sich wieder ein großer Umzug durch die Stadt. **Die Ausrufung der Räterepublik Braunschweig soll spätestens am nächsten Sonnabend in feierlicher Weise vorgenommen werden.** Braunschweig ist von der Außenwelt vollständig abgeschnitten. Die kommunistische Streikleitung hat angeordnet, daß sämtliche öffentlichen Lokale und Geschäfte, mit Ausnahme der Lebensmittelgeschäfte, geschlossen bleiben. Um eine Wiederaufnahme oder Fortsetzung der Arbeit unmöglich zu machen, werden von heute ab alle Betriebe durch die bewaffnete Arbeiterwehr bewacht. Der Generalstreik ist heute infolge dieser Zwangsmaßnahme in der Stadt Braunschweig allgemein. Auch die städtischen und staatlichen Arbeiter, sowie viele Privatbeamte sind zur Arbeitsruhe genötigt. Die Bewaffnung der Arbeiterschaft wird immer weiter ausgedehnt. Zur Bewachung der Bahnhöfe wurden starke bewaffnete Arbeiterwehren gebildet. Außer den Bahnhöfen der Stadt Braunschweig werden auch die Bahnhöfe und Bahnlinien nach allen Richtungen, sowie die Landstraßen bewacht.

Das Sonderabkommen über den Durchzug der Armee Haller.

In den „Mitteilungen der Waffenstillstandskommission" wird das Abkommen über den Durchzug der Hallerschen Armee durch deutsches Gebiet nach Polen veröffentlicht. Den Einzelheiten des Abkommens ist zu entnehmen, daß die Transporte auf drei Wegen stattfinden sollen, und zwar auf einer südlichen Landlinie Koblenz—Leipzig—Kalisch und zwei nördlichen Seewegen Stettin—Kalisch und Pillau—Königsberg—Lyck—Grajewo. Zunächst wird die Landlinie beansprucht werden. Der Beginn der Transporte ist, wie bereits bekannt, auf den 15. April festgesetzt. Für die beiden Seewege werden Generalstabsoffiziere der Alliierten in Stettin und Königsberg gemeinsam mit den deutschen Behörden die Bewegungen regeln. Die Truppen werden in geschlossenen Zügen mit ihrer Munition und ihren Lebensmitteln befördert; die Munition wird in einem besonderen plombierten Wagen mitgeführt. Alliierte Offiziere werden jeden Zug begleiten und die Verbindung zwischen den Truppen und den deutschen Militärbehörden herstellen. Eine allgemeine Transportanweisung in vier Sprachen, Französisch, Englisch, Polnisch und Deutsch, wird beigegeben werden. Aufenthalte von langer Dauer werden während der ganzen Fahrt eingerichtet, und zwar etwa alle sechs Stunden (hierbei soll ein Aufenthalt von wenigstens einer Stunde mit einem Aufenthalt von wenigstens 30 Minuten abwechseln), um die Ausgabe von Wasser und das Aussteigen der Truppen zu ermöglichen. In den Häfen Stettin und Pillau-Königsberg wird auf den Kais ein Platz abgegrenzt werden, von dem sich die Ausladekommandos nicht entfernen dürfen. Der Rest der Truppe wird an Bord bleiben. Bei Erkrankungen greifen die Bahnärzte ein. Die Transporte werden grundsätzlich durch Züge in der einheitlichen Zusammensetzung von 50 Wagen (100 Achsen) ausgeführt, die sich im einzelnen zusammensetzen aus einem Wagen erster oder zweiter Klasse für die Offiziere und mit Bänken ausgestatteten gedeckten Wagen oder Personenwagen für die Truppen. Deutschland erhält die Transportkosten, wie alle etwaigen von den Truppen verursachten Schäden vergütet. Diese werden von der Interkommission für Transportwesen abgeschätzt werden.

Eine stürmische Landesversammlungssitzung in Bremen.

Auszug der Kommunisten und Unabhängigen aus der Landesversammlung.

Bremen, 9. April. (W. T. B.)

Die zweite Sitzung der Bremischen Landesversammlung nahm einen stürmischen Verlauf. Die kommunistische Partei hatte beantragt, über die Punkte 4 und 5 der Tagesordnung betreffend Aufhebung des Belagerungszustandes und Entfernung der Regierungsschutztruppe aus der Börse an erster Stelle zu verhandeln. Der Redner der Kommunisten mußte mehrere Male zur Ordnung gerufen werden, ließ sich aber dadurch und durch den fortwährenden Lärm der Versammlung nicht beeinflussen. Die **Sitzung wurde dreimal vertagt.** Als schließlich der kommunistische Antrag auf Umlegung der Tagesordnung abgelehnt worden war, **verließen die Kommunisten unter großem Lärm den Saal. Ihnen schlossen sich später die Unabhängigen an.** Die Anträge auf Aufhebung des Belagerungszustandes und Entfernung der Regierungsschutztruppe wurden sodann abgelehnt. Danach wurde seitens eines Mitgliedes der provisorischen Regierung mitgeteilt, daß der für heute, Mittwoch, geplante Generalstreik für Bremen an der Haltung der Eisenbahner, die sich an einem politischen Generalstreik nicht beteiligen wollten, gescheitert sei. Man beabsichtige nunmehr, den Generalstreik Anfang nächster Woche zu beginnen.

Der Reichsetat für 1919.

Herrn Schiffers Finanzprogramm.

Von [Nachdruck verboten.]

Erich Dombrowski.

Weimar, 10. April.

Nach zehntägiger Pause trat die deutsche Nationalversammlung gestern wieder zusammen und trat in die erste Lesung des Reichshaushaltsplanes für das Jahr 1919 ein. Das Haus beschränkte sich indessen darauf, die begründende Rede des Reichsfinanzministers Schiffer zum Etat entgegenzunehmen. Heute vormittag soll dann die eigentliche Aussprache beginnen.

Der Etat ist nicht gerade erfreulich. Wenn die Regierung auch versucht hat, ihn nicht wie bisher (im Kriege) mehr oder weniger fiktiv aufzustellen, sondern ihn möglichst den tatsächlichen Verhältnissen anzupassen, so mußte Herr Schiffer doch selbst resigniert zugeben, daß er für die Schätzungen vorläufig eine Verantwortung nicht übernehmen könne. Das ist ein höchst bedauerliches Eingeständnis, es liegt aber in den ganzen inner- und außenpolitischen Verhältnissen Deutschlands begründet. Wie trügerisch in diesen unsicheren Zeitläuften die ganze Etatsaufstellung sein kann, lehrt nicht zuletzt die Erfahrung, die man mit dem vorjährigen Voranschlag und mit den dabei beschlossenen neuen Steuern zum Ausgleich des Fehlbetrages gemacht hat. Damals sollte der zur Herstellung des Gleichgewichts im ordentlichen Haushalt fehlende Betrag von annähernd 2,9 Milliarden Mark durch neue Kriegssteuern gedeckt werden. Die Steuern wurden auch in dieser Höhe bewilligt, brachten aber, entgegen dem Voranschlag tatsächlich nicht einmal eine volle Milliarde Mark. Diese Mindereinnahmen waren natürlich auf das Daniederliegen von Handel, Gewerbe und Industrie zurückzuführen. Diesmal fehlen zur Ausbalancierung des Etats sogar 7 Milliarden Mark, die durch neue Steuern gedeckt werden müssen. Damit ist der effektive Fehlbetrag aber noch keineswegs erschöpft, denn darin sind noch nicht enthalten die finanziellen Folgen des Krieges, die Entschädigungen, die wir an die Entente werden zahlen müssen, und auch nicht die Lasten, die wir durch die Vereinigung mit Deutschösterreich werden auf uns nehmen müssen.

Nicht zuletzt ist die ungeheuerliche Steigerung der Reichsausgaben auf den noch immer weiter steigenden Geld- oder richtiger Notenumlauf zurückzuführen. Zu diesem Punkte, vielleicht dem wichtigsten für eine allmähliche Gesundung unserer finanziellen Verhältnisse, hat sich Herr Schiffer nur wenig geäußert. Wenn er das beste Mittel gegen die Inflation in einer Senkung der Preise und einer intensiven Vermehrung der Gütererzeugung sieht, so ist das schon richtig. Mit solchen allgemeinen, halb ethischen Zukunftswechseln ist uns im Augenblick aber nicht geholfen. Es scheint uns dringend notwendig, daß das Reichsfinanzministerium gerade dieser Frage der Einschränkung des Notenumlaufes die ernsteste Aufmerksamkeit zuwendet. Wenn je, ist jetzt der Augenblick gekommen, hier radikal einzugreifen. Die Ueberbezahlung der Kriegslieferungen, die das verhängnisvolle Hindenburgprogramm geradezu zum Grundsatz erhob, die sprunghafte Steigerung der Löhne seit dem Ausbruch der Revolution und vor allem das immer geringer werdende Warenangebot aller Art, der Schleichhandel u. a. m. hatten eine Ueberproduktion von Noten zur Folge. Wenig Ware und viel Papiergeld — daraus ergab sich, da das Geld mehr angeboten wurde als die Ware, die unerläßlich fortschreitende Entwertung des deutschen Geldes im In- und Auslande. Wenn nun aber durch die Aufhebung der Hungerblockade wieder Ware hereinkommt, wenn das Warenangebot ebenso wieder steigt, dann ist es höchste Zeit, das in wildem Strudel zirkulierende Papiergeld durch Einziehungen (gegebenenfalls durch Abstempelung) zu beschränken. Geschieht das nicht, so wird das größere Notenangebot auch sofort preistreibend auf die aus dem Auslande hereinkommende Ware einwirken. Aber noch eines wird notwendig sein, um durch eine Hebung des Reichskredits im Auslande unsere Valuta zu bessern. Zurzeit genießt der Privatkaufmann im Auslande einen größeren Kredit als das Reich. Wenn die Reichsbank noch weitere Posten ihrer Goldbestände an das Ausland abgeben muß, und so die Metalldeckung der umlaufenden Noten abermals verringert, wird das die deutsche Währung fernerhin nicht gerade günstig beeinflussen. Das Reich wird sich daher, um in einem ganz großen Maßstabe seinen Kredit im Auslande wieder zu erhöhen, nach einer umfangreichen neuen Kreditunterlage umschauen müssen. Es ist schon einmal an dieser Stelle darauf hingewiesen worden, daß es sich eine solche Kreditunterlage am besten durch eine Kombination von Sozialisierung und Vermögensabgabe in Form von genereller Beteiligung an allen wirtschaftlichen Unternehmungen ohne Ausnahme sichern könnte.

Herr Schiffer hat sich über die Vermögensabgabe und über die Steuern aber noch nicht geäußert. Er erklärte nur, daß die Reichsregierung in dieser Hinsicht im engsten Einvernehmen mit den Einzelstaaten vorzugehen gedenke, und daß man neben direkten auch auf indirekte Steuern werde zurückgreifen müssen. Nach und nach sollen die einzelnen Steuervorschläge der öffentlichen Kritik unterbreitet werden. Schließlich wird man dann hoffentlich den großen einheitlichen Gedanken sehen. Bisher kennt man nur die Kapitalertragssteuer, die 1,3 Milliarden einbringen soll. Wie im Vorjahre,